



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Große Anfrage gem. § 24 BezVG

Einreicher/-in:	Charlotte Heidtmann
Datum:	25.03.2024, 12:46
Antragsteller/in:	CDU-Fraktion Bliefernicht, Rainer
Beratung:	- keine -
Anfrage CDU betr. Wohnungsbau fördern statt behindern	

Sachverhalt:

In den Medien wurde jüngst der Fall von privaten Bauherren veröffentlicht, die den Neubau eines Hauses mit vier Mietwohnungen in Neuland erst nach zähem, nervenaufreibendem Ringen um Forderungen aus dem Bezirksamt schließlich mit großer Verzögerung und mit erheblich höherem Aufwand und Baukosten realisieren konnten.

Kritisiert wird im konkreten Fall das Verhalten der Abteilung Wohnraumschutz und im weiteren Verlauf auch des Naturschutzreferats. Angesiedelt ist die Abteilung Wohnraumschutz und Wohnungspflege im Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt, das Naturschutzreferat im Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt.

Es könnte durch die Berichterstattung der öffentliche Eindruck entstanden sein, dass die Einhaltung von Verordnungen über dem Ziel steht, den Bau von dringend benötigtem Wohnraum im Bezirk wohlwollend zu unterstützen und voranzutreiben. Zudem könnte das Vorurteil bedient werden, dass für einige Behördenmitarbeiter bei der Entscheidungsfindung die im Rahmen des gesetzlich Möglichen rechtskonforme, aber pragmatische Bearbeitung eines Bürger-Anliegens nicht an erster Stelle steht.

Beides würde dem Image der Verwaltung, sich als serviceorientierter Dienstleister des Bürger zu präsentieren, schaden.

Angesichts der Wohnungsnot und der eingebrochenen Bautätigkeit zur Schaffung dringend benötigten neuen Wohnraums hinterfragen wir die Prioritäten bei der Bewertung und Entscheidungsfindung im Zuge von Bauprojekten in den beteiligten Ämtern und Abteilungen.

Wir fragen die Bezirksamtsleiterin:

1. Wird der Bau von Wohnraum im Bezirk Harburg von der Bezirksamtsleitung als dringlich und wesentlich eingeschätzt und innerhalb des Bezirksamtes entsprechend kommuniziert?

a) Wenn ja, sind die ihr unterstellten Dezernenten entsprechend angewiesen worden, hierfür in ihren Ämtern und Abteilungen ein Bewusstsein zu schaffen?

b) Welche weiteren Maßnahmen hat die Bezirksamtsleitung veranlasst, um Bauherren bei Behördengängen und -entscheidungsprozessen zu unterstützen, um die Schaffung von Wohnraum zu beschleunigen und zu fördern?

2. Findet ein abteilungs- oder dezernatsübergreifender Austausch über die Bearbeitung von Bauanträgen statt mit dem Ziel, konkret angefragte Wohnraumschaffung zu ermöglichen?

Wenn ja, wieso hat diese Abstimmung nicht frühzeitig zu einem sinnvollen Ergebnis geführt?

Wenn nein,

- warum findet ein Austausch nicht statt?

- wird er jetzt angesichts der Ereignisse als sinnvoll erachtet?

3. Das Gros der Bauherren im Bezirk sind Privatpersonen, die wenig Erfahrung mit den Rechtsvorschriften haben, weil sie nur einmal neu- oder umbauen. Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor,

a) dass jeder nicht-gewerbliche Antragsteller bei der Abgabe eines Bauantrags oder dem Antrag auf eine Abrissgenehmigung ein Informationsblatt erhält, in dem alle durch den Vorgang möglicherweise ebenfalls tangierten bezirklichen Belange zusammengefasst sind.

b) dass ein fachkundiger Mitarbeiter als zentraler Ansprechpartner im Bezirk für private Bauwillige benannt wird.

Wird die Bezirksamtsleiterin diese Vorschläge zeitnah aufgreifen?

Wenn nein, warum nicht?

Hamburg, am 25.03.2024